



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 690

P/XIV/260 - 14. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Den Blick in die Zukunft gerichtet Aus der Bilanz einer stolzen Partei	80
3 - 4	Vor dem Ende der amerikanischen Militärstützpunkte in Ausland Von unserem Korrespondenten in USA	96
5 - 7	Berlin und die Sozialdemokratie <u>Willy Brandt</u> auf dem Parteitag in Bad Godesberg	123
8 - 10	Kein Dogma in der Politik <u>Herbert Wehner</u> : Über Freiheit kann jeder reden, aber nur in der Freiheit	149

* * *
* *

Den Blick in die Zukunft gerichtet

sp - Dem ausserordentlichen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zur Beratung eines Entwurfes für ein neues Grundsatzprogramm wurde und wird in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit ungewöhnliche Aufmerksamkeit entgegengebracht. Das drückte sich schon in der grossen Zahl von in- und ausländischen Pressevertretern aus; ihre Tische nehmen fast die Hälfte des grossen Saales in der Godesberger Stadthalle ein, wo die Delegierten der SPD tagen. Viele europäische Nationen sind bei den Leuten der Feder vertreten.

Zwanzig in der Bundesrepublik akkreditierte diplomatische Missionen bewiesen ihr Interesse an diesem ausserordentlichen Parteitag durch Entsendung von Repräsentanten. Sowjetrussen und Amerikaner konnte man nicht weit voneinander an den für die Gäste reservierten Sitzreihen am Eröffnungstag sehen.

Grosse Verbände mit Millionen von Mitgliedern, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Kriegsofferverbände und viele andere Organisationen bekundeten die Bedeutung, die sie dieser denkwürdigen Tagung der ältesten und grössten deutschen Partei zuessen, durch die Anwesenheit ihrer Vorsitzenden.

Die Kirchen beider Konfessionen haben ebenfalls Vertreter nach Godesberg entsandt; früher war dies nicht immer selbstverständlich. Kirche und demokratischer Sozialismus fanden in der Vergangenheit nicht immer das richtige Verhältnis zueinander, es war getrübt von Spannungen und Gegensätzen, deren historische Ursachen im Anfang des 19. Jahrhunderts lagen, als die organisierte Arbeiterschaft die Bühne der Geschichte betrat. Es ist zu hoffen, dass nach Verabschiedung dieses Grundsatzprogrammes Kirchen und demokratischer Sozialismus sich auf der Ebene der Toleranz und des gegenseitigen Verständnisses begegnen werden.

Die deutsche Sozialdemokratie hat eine fast hundertjährige Geschichte und eine Tradition, wie sie keine andere Partei aufzuweisen hat. Sie kannte glänzende Siege und furchtbare Niederlagen. Aber auch nach vernichtenden Schlägen erhob sie sich immer wieder zu neuer Macht, weil die Ideen, von denen sie getragen wird, unzerstörbar sind. Das musste ein Bismarck erfahren und das erfahren auch die Machthaber des Dritten Reiches. Die bindenden Kräfte der Tradition und der Wille, die Zukunft nach freiheitlichen und sozialen Ideen zu formen, bilden den eigentlichen Wesensgehalt dieser Partei, in deren Reihen sich so ehrwürdige Vorkämpfer wie der 91-jährige Rudolf Wissell, der nicht sehr viel jüngere Paul Löbe mit einer Generation vereinigen, deren prägendes Erlebnis die Schrecken des zweiten Weltkrieges waren. Kurt Schumacher bezeichnete es einmal

als die Aufgabe der wiedererstandenen Sozialdemokratie, ein Deutschland aufzubauen, in dem sich die Schrecken der Vergangenheit nicht mehr wiederholen können.

Unter diesem Gebot stand und steht die ganze Tätigkeit dieser Partei. Das neue Grundsatzprogramm wird sie in die Lage versetzen, den Erfordernissen und Notwendigkeiten unserer Zeit wirkungsvoller gerecht zu werden. Die besten Köpfe der Partei haben an diesem Programm mitgearbeitet, die letzten Erkenntnisse der Wissenschaft standen hierbei Pate und dennoch ist es kein Programm der Wissenschaft, sondern ein Programm, das den in die Zukunft blickenden Kräften unseres Volkes einen Leitfaden geben soll, die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben unseres Volkes und unserer Zeit zu lösen.

Auf die deutsche Sozialdemokratie richten sich heute viele Blicke, sie ist nach zehnjähriger fast unumschränkter CDU-Herrschaft wohl die einzige politische Kraft, die einer sich am Gestern orientierenden Politik eine neue Wende zu geben vermag. Wir leben in einer stürmischen Zeit, in der sich die Entwicklung auf allen Gebieten der Politik, der Technik und des Geistes in einem Tempo vollzieht, wie sie vergangenen Zeitaltern fremd war. Das deutsche Volk kann sich in dieser Zeit nur behaupten, wenn es gelingt, Schritt mit dieser Entwicklung zu halten und jene Änderungen vollzieht, ohne die es zum Stillstand verurteilt wäre. Die deutsche Sozialdemokratie, ausgestattet mit neuen Erkenntnissen und einem der Wirklichkeit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts angepassten Programm ist das Sammelbecken, in dem sich die um eine bessere Zukunft ringenden Kräfte vereinigen. Sie bringt dazu alle Voraussetzungen mit: einen Idealismus, der sich von ewigen Menschheitsideen der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Demokratie nährt und einen Schatz von praktischen, in vielfältiger Arbeit erprobten Erfahrungen.

Die deutsche Sozialdemokratie ist zwar eine alte Partei, aber sie vertritt die Zukunft. Auf sie konzentrieren sich die Hoffnungen der geistig beweglichen Schichten unseres Volkes, aber auch die Hoffnungen jener Kräfte ausserhalb Deutschlands, die ein sozial geordnetes, der Demokratie und der Völkerverständigung verpflichtetes, der Humanität dienendes Deutschland erwarten. Diese Hoffnung ist es wohl, die so viele nach Godesberg geführt hat.

+ + +

Vor dem Ende der amerikanischen Militärstützpunkte im Ausland

Von unserem Korrespondenten in USA

New York, im November

Als vor kurzem der Ministerpräsident von Marokko in Washington zu Besuch weilte, schnitt er in den Gesprächen mit Präsident Eisenhower und Staatssekretär Herter die Frage der Auflösung der amerikanischen Militärflugplätze auf marokkanischem Boden an, die ihm offensichtlich sehr am Herzen lag: und seine amerikanischen Gesprächspartner, weit davon entfernt, über ein solches Ansinnen entrüstet zu sein, zeigten sich durchaus bereit, die Frage zu prüfen und die amerikanischen Stützpunkte allmählich abzubauen: nicht überstürzt und von heute auf morgen, aber doch in einem vernünftigen Liquidierungsprozeß. Bevor Charles Bohlen, Amerikas Botschafter in den Philippinen, seinen Posten aufgab, um eine beratende Position im Staatsdepartement in Washington anzunehmen, brachte er noch ein Abkommen mit den Philippinen unter Dach und Fach, das die Regierung von Manila, wo sich einiger Groll gegen Amerika angesammelt hatte, annähernd restlos zufriedenstellte. Dieses Abkommen sah vor, daß die Zahl der amerikanischen Militärstützpunkte auf philippinischem Territorium drastisch verringert wird, nämlich von 23 auf 4. Und endlich ist eine, wenn auch bescheidenere, Reduktion der amerikanischen Basen auf dem europäischen Kontinent zur Zeit im Gange.

Diskreter Abbau

Das ist, ganz still und unauffällig, eine gewaltige neue Entwicklung. Vor ein paar Jahren galten die amerikanischen Stützpunkte rund um den Erdball herum, zu Recht oder Unrecht, als unentbehrliche und strategisch entscheidende Bollwerke der Freiheit, als Garanten des Friedens, als starke Schutzmauern, an deren Existenz sich der Expansionsdrang des kommunistischen Staatenblocks von vornherein brechen mußte und deren präventive Wirkung stark genug war, den potentiellen Angreifer zum Stillstehen zu zwingen. Das war die Aufgabe der Stützpunkte, auf deren Unentbehrlichkeit und potentiellen Nutzen Regierung und Militärkommando in den Vereinigten Staaten und bei den Verbündeten Amerikas immer wieder pochten, und gegen die die offizielle sowjetische und allgemeine kommunistische Propaganda immer wieder Sturm lief. Und heute, kaum da die letzten dieser Stützpunkte fertig gebaut sind, zu einem Zeitpunkt, da die in sie investierten Millionenbeträge noch bei weitem nicht amortisiert sind, und aus Moskau weiterhin mit unverminderter Tonstärke erklärt wird, die amerikanischen überseeischen Stützpunkte "rund um die sozialistischen Länder herum" widersprächen dem "Geist von Camp David" und seien das letzte große Hindernis auf dem Weg zum Frieden, - baut Amerika diskret und mit gedämpftem Trommelschlag diese seine Außenposten wieder ab, mit gelassener Miene, als sei das die selbstverständlichste und belangloseste Angelegenheit der Welt.

Einfluß der modernen Strategie

Natürlich ist die Lösung dieses offenkundigen Rätsels leicht. Amerika hat sich zu diesem Schritt entschlossen, nicht, weil es Angst vor den Russen hat oder diesen mit einer Geste des "Appeasement"

entgegenkommen will, und auch nicht primär, um Gelder zu sparen, so sehr das auch angesichts der letzthin erheblich verschlechterten Zahlungsbilanz der USA willkommen wäre, - sondern der wahre Grund ist, daß die moderne Strategie, die mehr und mehr auf den lenkbaren "Missiles" mit Raketenantrieb basiert oder wenigstens sehr bald basieren wird, allmählich rein militärisch diese Auslandsstationen hinfällig machen wird. Deswegen hat auch der Pentagon, das amerikanische Verteidigungsministerium, gegen die neue Politik der Reduktion der Auslandsbasen nicht nur nicht protestiert, sondern ihr auch, sofern sie nicht überstürzt gehandhabt wird, sehr aktiv zugestimmt.

... und Militärtechnik

Es wird zugegeben, daß auf dem Gebiet der weitreichenden Raketenwaffen die Russen den Amerikanern zur Zeit überlegen zu sein scheinen, während auf dem Gebiet anderer, kürzer-distanzlichen, Raketenwaffen, deren Aktionsradius begrenzt ist, die technische Überlegenheit bei den Amerikanern zu liegen scheint. Nun sind aber auch diese letzteren Waffen immerhin doch weitreichend genug, um, sagen wir einmal, Distanzen von 1500 km noch sehr treffsicher und präzise überwinden zu können: und das genügt, um bereits beim heutigen Stand der Raketentechnik einen Abbau der Basen, vor allem der "vorgeschobenen" hart an den Grenzen des kommunistischen Staatenblocks, befürworten zu können. In einigen Jahren wird man dann auch mit den "interkontinentalen" Raketen weit genug sein, um überhaupt auf Auslandsstützpunkte, wo auch immer, verzichten zu können: die Militärtechnik wird dann so weit sein, daß man theoretisch jeden Punkt der Erde von jedem Punkt der Erde aus unter Raketenbeschuß legen können wird. Die amerikanischen Strategen wenden heute bereits den Vergleich mit den Kriegsschiffen an; früher hätten diese überall auf Erden freundliche Kohlenhäfen gebraucht, wo sie Brennstoff aufnehmen konnten; heute kann die Flotte auf hoher See überall von Tankerschiffen Schweröl aufnehmen, und die Festlandstützpunkte, die Kohlenhäfen, sind hinfällig geworden. Genau so sei es nun auch mit der echten Kriegsstrategie.

Kein Isolationismus

Hinter dieser neuen strategischen Denkart in Washington steht keine Rückkehr in den alten Isolationismus, etwa eine Flucht in Herbert Hoover's alte Idee der "Festung Amerika". Im Gegenteil: im Staatsdepartement sagt man schon, daß man zum mindesten einige der Flughäfen und Garnisonen im Ausland vielleicht aufrechterhalten sollte, auch wenn man sie eigentlich gar nicht braucht, weil das Sicherheitsbedürfnis der befreundeten Verbündeten psychologisch das vielleicht erforderlich machen werde. Aus diesem Grunde warnt das Staatsdepartement auch vor einer Brüskierung dieser neuen Politik: ein langsames Abwickeln des jetzigen Stützpunktsystems werde von Amerikas Freunden im Ausland verstanden und gebilligt werden, ein plötzlicher radikaler Umschwung sicherlich nicht. Und so sehen wir rund um den Erdball eine diskrete amerikanische "Disengagement"-Politik anlaufen, die nicht politisch-ideologisch begründet ist, aber die doch von der modernen technischen Entwicklung den Diplomaten aufgezwängt wird - und die damit automatisch, gleichsam nebenbei, etliche der Spannungen lösen könnte, die bisher die Politik der Stützpunkte hervorgerufen hatte.

Berlin und die Sozialdemokratie

Willy Brandt auf dem Parteitag in Bad Godesberg

Ich habe zu denen gehört, die ursprünglich Bedenken gegen die Verabschiedung des Programms zu diesem Zeitpunkt hatten. Drei Gründe haben mich veranlaßt, zusammen mit dem ganz überwiegenden Teil der Berliner Parteiorganisation für die Verabschiedung auf dieser Grundlage einzutreten.

Erstens. Es ist eine im ganzen und im wesentlichen zeitgemäße Aussage, die uns in unserer Arbeit helfen wird und die es unseren Gegnern schwerer machen wird, sich mit einem Zerrbild statt mit der Wirklichkeit der deutschen Sozialdemokratie auseinanderzusetzen.

Zweitens. Es ist ein Programm, das die deutsche Sozialdemokratie nach den bitteren, noch immer nicht abgeschlossenen Erfahrungen mit dem Totalitarismus darstellt als eine kämpferisch-demokratische Freiheitsbewegung in dieser Zeit, eine Partei, die den Mut hat und über die Kraft verfügt, als das zu erscheinen, was sie ist.

Und drittens. Es ist, so meine ich, ein Programm, das in seiner Gesamtaussage noch klarer als bisher - wobei wir uns ja im Laufe der nächsten drei Tage noch über eine Fülle von Einzelfragen unterhalten werden - unseren Standort bestimmt, wo es sich um die entscheidend wichtigen Fragen unserer Stellung zum Staat und im Staat einschließlich der bewaffneten Macht, unseres Verhältnisses zu den Kirchen und unserer Beurteilung dessen handelt, was angesichts des Wandlungsprozesses der Wirtschaft erforderlich ist. In diesem Sinne wird uns das Programm in unserer täglichen Arbeit zusätzliche Kraft vermitteln.

Berlins treuester Verbündeter

In der Debatte der hinter uns liegenden Wochen ist u.a. auch die Frage aufgeworfen worden, ob wir nicht warten sollten, bis wir die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands erreicht hätten. Erich Ollenhauer hat darauf schon eine Antwort gegeben. Er hat dieser Gelegenheit auch ein Wort des Grußes an unsere Freunde in der Zone und an unsere Freunde in Berlin, für die ich sprechen darf, gerichtet. Ich bin ihm dafür dankbar. Ich möchte darauf mit einem Wort des Dankes der Berliner Sozialdemokraten und des Volkes von Berlin erwidern, des Dankes für all das, was diese große deutsche Sozialdemokratie in den hinter uns liegenden Jahren für den am schwersten bedrängten Teil des freien Deutschland getan hat. Wir wären manchmal viel mehr verlassen gewesen, als wir es gewesen sind, wenn wir nicht gewußt hätten: Es gab immer einen treuen Verbündeten der bedrängten und doch lebenserfüllten deutschen Hauptstadt, und das war die deutsche Sozialdemokratie.

Aber ich möchte doch noch folgendes zu diesem Argument "Laßt uns warten bis zur Einheit!" sagen. Wenn wir alle anderen Probleme bewältigen, die mit der Einheit Deutschlands verbunden sind, werden wir es auch

noch schaffen, uns auf ein Programm für die Sozialdemokratie im ganzen Deutschland zu verständigen und das heutige Programm bei allem Respekt vor ihm als Zwischendokument zu den Akten, den wichtigen Akten der Partei zu nehmen.

Im Übrigen gilt für die Partei wie für das Ganze, was im Programmentwurf selbst steht, nämlich: Erst in einem wiedervereinigten Deutschland wird das ganze Volk in freier Selbstbestimmung Inhalt und Form von Staat und Gesellschaft gestalten können. Heute können hier in dieser Aussprache keine Einzelfragen der Wiedervereinigungspolitik erörtert werden, obgleich sicherlich in unseren Reihen weitgehend Klarheit darüber besteht, daß wir die Erfahrungen nicht nur der letzten Jahre, sondern gerade auch der letzten Monate werden zu verarbeiten haben, werden wir unsere weiteren Beiträge zum Ausweg aus einer fast hoffnungslos erscheinenden Situation zu unterbreiten haben.

Pervertiertes Kaiser-Wilhelm-Denken

Worauf es ankommt, ist dies: Es gibt keine absolut ausweglose Situation. Hitler mußte nicht an die Macht kommen, die Spaltung Deutschlands mußte nicht versteinert werden, und in der Bundesrepublik muß sich nicht ein pervertiertes Kaiser-Wilhelm-Denken durchsetzen.

Das Thema der Wiedervereinigung, das Thema unseres Standorts im willkürlich gespaltenen Deutschland wird im Programmentwurf unmißverständlich behandelt. Vielleicht kann die Redaktionskommission noch die eine oder andere Unterstreichung vornehmen. Vielleicht kann sie unter anderem noch zusätzlich klarmachen, daß die deutsche Sozialdemokratie auch dort weiterlebt, wo sie gewaltsam unterdrückt wird.

Aber ich möchte im Rahmen der allgemeinen Aussprache doch feststellen dürfen, welche Grundsätze zur deutschen Frage, zum Lebensrecht und zur Selbstbehauptung unseres widernatürlich auseinandergerissenen Volkes im Programm niedergelegt sind. Wir beziehen uns erstens auf das Grundgesetz und stellen fest, daß wir in seinem Sinn die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit erstreben. Wir sagen zweitens, daß die Spaltung Deutschlands einerseits den Frieden bedroht, daß zum anderen ihre Überwindung für das deutsche Volk lebensnotwendig ist.

Das Recht auf Selbstbestimmung

Wir müssen diese Aussagen im Zusammenhang mit dem sehen, was in den Abschnitten über die Grundwerte und Grundforderungen ausgesagt wird, nämlich: daß Freiheit und Gerechtigkeit einander bedingen, daß alle Völker sich einer internationalen Rechtsordnung unterwerfen, daß alle Völker die gleiche Chance haben müssen. Das

gilt auch für dieses Volk, in dessen mißbrauchten Namen anderen Völkern schreckliches Unrecht zugefügt worden ist, dem aber auch selbst Unrecht zugefügt wurde. Wir müssen diese Aussage des Programms zur Wiedervereinigung auch im Zusammenhang mit dem sehen, was im Abschnitt über die internationale Gemeinschaft abgehandelt wird. Dort bekennen wir uns, wenn wir dieses Programm annehmen, im Sinne alter sozialistischer und sozialdemokratischer Grundgedanken zum Selbstbestimmungsrecht und zur Gleichberechtigung aller Völker. Wir setzen uns ein für ein Volksgruppenrecht, das im Einklang mit den von den Vereinten Nationen verkündeten Menschenrechten steht. Mit anderen Worten, dieses Volk, in dem wir leben und für das wir politisch wirken, hat ein Recht, die Selbstbestimmung auch für sich in Anspruch zu nehmen, hat ein Recht, sich leidenschaftlich dagegen aufzulehnen, daß in diesem Teil der Welt eine neue Art von Kolonialismus errichtet wird, während die Zeit der Kolonialherrschaft in anderen Teilen der Welt zu Ende geht.

Wir dienen unseren heimatvertriebenen Landsleuten nicht mit leichtfertigen Versprechungen und forschen Appellen. Wir treten nicht in Konkurrenz mit den Kräften, die Königsberg und Breslau im innerpolitischen Machtkampf mißbrauchen und die erstaunlich schweigsam sind, wenn ihnen befreundete Regierungen anderer Länder über Grenzfragen entscheiden, über die nach internationalen Abkommen erst auf einer Friedenskonferenz entschieden werden kann.

Wir bleiben dabei, so meine ich, daß wir erstens alles tun wollen, um die deutschen Menschen dort, wo sie heute leben, zusammenzuführen, und daß wir zweitens jede nur mögliche Anstrengung machen wollen, um zu möglichst gerechten Grenzen zu gelangen, das Heimatrecht und ein demokratisches Volksgruppenrecht zu Bestandteilen der internationalen Rechtsordnung werden zu lassen. Vor allem aber wollen wir, obwohl wir diesmal in Godesberg - das wir alle schätzen - tagen, uns nicht geistig und politisch eingraben am linken Ufer des Rheins, auch nicht westlich der Elbe und der Werra. Wir wirken in diesem Teil Deutschlands, aber wir kämpfen für das ganze Deutschland.

Wir wollen mit unverbrauchter Energie, über die dieser Flügel der deutschen Politik verfügt, die politische Führung des Staates übernehmen, und wir werden sie übernehmen. In uns wird lebendig sein und bleiben, was der deutsche Osten uns geistig, was er uns auch menschlich gegeben hat. Dazu gehört auch ein stolzes Kapitel deutscher Arbeiterbewegung.

Kein Dogma in der Politik

Herbert Wehner: Über Freiheit kann jeder reden,
aber nur in der Freiheit

Ich wollte das Wort, das Erich Ollenhauer mit in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gestellt hat, noch einmal aufgreifen, weil einige Freunde in der Diskussion dieses Wort meines Brachtens doch noch zu wenig in seiner verpflichtenden Bedeutung begriffen haben. Das ist verständlich, weil es sich um Orientierungen handelt, die in einer komplizierten Zeit und Entwicklung viel mehr von uns als von den anderen erfordern. Mir scheint, der Entwurf unseres Programms soll als der ernsthafte Versuch gesehen werden, aus dem von Erich Ollenhauer zitierten Wort Schumachers die Konsequenz zu ziehen, aus dem Wort, dass es gleichgültig sei, ob jemand durch die Methode marxistischer Wirtschaftsanalyse, ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist. Schumacher betonte: Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Verkündung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.

Wenn wir diese beiden Sätze zusammennehmen und uns überlegen, wie denn nun ein Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei sein muss und wie es sein kann und wie es nicht sein kann, dann kann es eben bitte entschuldigt das; ich sage es ganz freimütig - keine marxistische Wirtschaftsanalyse sein, und es kann ebensowenig der Versuch sein, das Wollen der Sozialdemokratie lediglich zu motivieren aus Philosophischem oder Ethischem oder aus dem, was Schumacher den Geist der Bergpredigt kannte.

Man würde mir vielleicht entgegenhalten: Also willst du dich um alles das herumdrücken. Nein. Deswegen haben wir den Versuch gemacht - ob er gelungen ist, darüber ist hier zu entscheiden - die Forderungen, die die Sozialdemokratie in dieser Zeit und angesichts unserer heutigen Menschen zu stellen hat, zusammenzufassen und darzulegen, nach welchen Grundsätzen sie dabei vorgeht bzw. von welchen Grundsätzen sie sich dabei leiten lässt.

Einer der Genossen hat in der Diskussion gesagt: Über Freiheit kann jeder reden. Ich greife das auf, ganz ernst. Über Freiheit kann jeder reden, aber nur in der Freiheit! Das ist und bleibt auch entscheidend bei allen und trotz aller Meinungsverschiedenheiten über das, was wir mit unserem Programm wollen.

Die Diskussion um den Staat hat in unserer Bewegung generationenlang eine entscheidende Rolle gespielt. Es gibt eine Evolution der Stellungen der Sozialdemokraten zum Staat. Ich will sie nicht darauf beschränken. Aber diese Evolution ist auch eine Begleiterscheinung der Evolution des Staates. Diese wiederum ist nicht zuletzt auch ein Ergebnis, wenn auch noch nicht das volle Ergebnis der Anstrengungen der Generationen vor uns und noch mit uns. Auch das müssen wir sehen.

Hier wurde gesagt, worauf es ankomme, sei die Vergesellschaftung des Staates. Ich würde um diesen Begriff nicht streiten wollen. Mir scheint, es kommt darauf an, den Staat wirklich bis in die letztmöglichen Konsequenzen zu demokratisieren und für die politische Demokratie feste Fundamente durch die Verankerung der Demokratie in wirtschaftlichen und sozialen zu schaffen.

"Ich gehöre zu den Gebrannten"

Ich gehöre zu den Gebrannten. Ich weiss um die bittere Erfahrung aus der Zeit der Weimarer Republik - ich habe unter den Schlägen der Diktatur vieles gelernt, habe dafür heute vieles nachzuzahlen und tue das für diese Partei -, gerade weil ich zu den Gebrannten gehöre, die einmal aus Unzufriedenheit und falsch verstandenen Radikalismus - ich will damit kein Wort gegen den Radikalismus sagen; ich fasse ihn auf, wie Marx ihn einmal verstanden hat: die Dinge an der Wurzel zu fassen versuchen - durch die Umstände blutige Erfahrungen haben sammeln müssen.

Ich bin der Überzeugung, dass marxistisches Denken - ich verstehe es im Geiste dessen, was Ollenhauer von Schumacher zitiert hat - und marxistische Methode für unsere Sozialdemokratische Partei unentbehrlich sind als ein Bestandteil von einer ganzen Reihe notwendiger Bestandteile. Ich wende mich aber gegen den Ausschliesslichkeitsanspruch, und zwar wende ich mich dagegen aus bitterer eigener Erfahrung, weil ich der Meinung bin, dass der Marxismus als eine Doktrin weder parteibildend noch im Sinne dessen, was wir als soziale Demokratie und als demokratischen Sozialismus wollen müssen, fördernd sein kann, wenn er als eine Doktrin, als Lehrgebäude, einer Partei als allein gültig aufgedrängt werden sollte. Das liegt in der Natur der Sache. Glaubt einem Gebrannten! Es gibt manche parallele Entwicklungen. Ich will das Ganze nicht auf eine Stufe stellen - die, die ich damit meine, werden das wohl verstehen - mit dem Protestantismus, wo am Ende immer bloss einer übrigbleibt, der sich für den Konsequenteren, für den Wahren, für den Wirklichen hält. Das liegt drin. Es bedeutet einen Vorzug, dieses kritische Element drinzuhaben. Es ist aber auch ein Nachteil. Hier ist eine Grenze gesetzt. Ich will das nur andeuten. Wir werden darüber noch viel zu sprechen haben. Es handelt sich um eine Frage von tiefer Bedeutung.

Um die politische Macht

Es ist gesagt worden, für die Arbeiter sei unser Programm zu wenig. Gewiss, ich würde freimütig überall gestehen: Dieses Programm ist, im engeren Sinne verstanden, kein Arbeiterprogramm. Aber es ist nicht ein Programm - wir werden es in den einzelnen Abschnitten beweisen können - das weniger wäre als ein für die Arbeiter nützlicheres Parteiprogramm, sondern es ist insofern mehr, als es für die Arbeiterschaft und im weiteren Sinne für die Arbeitnehmerschaft Grundlagen dafür zu schaffen sucht, dass Arbeiter und Arbeitnehmer nicht mehr infolge ihrer Abhängigkeit in der gesellschaftlichen Ordnung Staatsbürger minderer Kraft und minderen Ranges sind, dass für sie nicht nur auf dem Papier der Verfassungen steht, dass das gleiche Recht für alle gilt. Wenn man wägen und wählen soll, dann muss ich sagen: ich halte den Durchbruch zu einer Demokratie, die sich darauf stützt, dass es in ihr Demokraten gibt - und die Sozialdemokraten werden dabei das stärkste, das lebendigste, das zukunftssträchtigste Element stellen -, für entscheidend. Es geht dabei um etwas, das für die Sozialdemokraten auch in Auseinandersetzungen mit anderen sozialistischen Richtungen immer so wesentlich war: die politische Macht zu erringen. Wozu? Ich möchte es einmal simpel ausdrücken: damit die Macht im Staat nicht mehr dazu missbraucht werden kann, die Vorrechte jener zu schützen und immer weiter auszubauen, die über die grosse wirtschaftliche Macht verfügen. Dazu bedarf es dieser politischen Macht, und dazu gehört meiner Meinung nach der

Appell an den Willen, und der muss über die Arbeiterschaft in angemessenem Sinne hinausgehen. Er muss auch über die Arbeitnehmerschaft hinausgehen.

Wir müssen vor der breiten Öffentlichkeit als Partei unter Beweis stellen, dass wir eine allgemeine Ordnung anstreben - darunter verstehe ich den eigentlichen Bereich der Politik -, die keine Schicht und keine Gruppe der Bevölkerung mehr benachteiligt. Das ist der Durchbruch zu einer grundsätzlich anderen Handhabung der Macht im Staat, als es bis heute noch und wahrscheinlich noch eine ganze Weile in diesem Ringen der Fall sein wird.

Arbeitnehmer - Kerntruppe der Partei

Ich habe mir überlegt: eine Partei wie die unsere würde ihren Boden verlieren - das ist klar -, wenn die Arbeiterschaft und die Arbeitnehmerschaft sie nicht mehr als ihre Partei betrachten könnten. Wie aber kann sie es ihnen beweisen? Sie muss es ja täglich beweisen, und niemand wird mit der Erkenntnis geboren. Sie kann es beweisen, indem sie ihr Ringen um die allgemeine Ordnung so glaubwürdig macht und die Menschen dafür so in Bewegung bringt, dass es unbestreitbar um eine Ordnung geht, in der es keine Vorrechte für Jense mehr geben wird, die über die grosse wirtschaftliche Macht verfügen.

Als zweites gehört dazu - darüber wäre noch zu reden - die überkommene Ordnung, mit der wir es heute zu tun haben, mit immer mehr Mitbestimmung im Wirtschaftlichen und in der Selbstverwaltung auf allen erdenklichen Gebieten zu durchdringen, auf denen die Sozialdemokraten auf Grund ihrer Traditionen und ihrer Liebe zur Sache vieles geleistet haben und heute sicher noch mehr zu leisten imstande wären, wenn wir in dieser Beziehung mehr motorisch wirkten. Drittens müssen wir in den Gemeinden und Ländern einen Spielraum für solche kulturelle und soziale Leistungen erobern und behaupten, die den breiten Schichten und darunter besonders den Arbeitnehmern zugute kommen.

Noch zwölf Jahren gewaltsamen Ausschlusses unserer Partei von der Mitgestaltung der öffentlichen Meinung, nach zwölf Jahren Ausschluss der Gewerkschaften von ihrem legitimen Wirken, nach einer Zeit, die an die Katastrophe anschloss, in der wir häufig auf politischem Gebiet von der Hand in den Mund gelebt haben, weil es darauf ankam, die uns verbliebene Kraft dem Volke zu geben, um Energien, Mut und Selbstvertrauen zu wecken, damit sie aus Trümmern die Grundlagen einer wirtschaftlichen und öffentlichen Ordnung schaffen konnten. Wir müssen uns heute darüber klar werden, worauf es vor allem ankommt. Jeder Schritt wirklicher Bewegung, demokratische Bewegung, Arbeiterbewegung und Arbeitnehmerbewegung ist wichtiger als noch so präzise ausgedachte Programmformulierungen. Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder gar verbietet, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für das Allgemeinwohl und das Wohl des Volkes schlechthin zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben. Unser Programm enthält keinen solchen Vorschlag, enthält keinen solchen Riegel, es enthält aber eine ganze Anzahl entscheidender und bis heute vielfach vernachlässigter Ansätze dafür, dass wir zu einer solchen Bewegung kommen, damit unsere demokratische Ordnung durch die lebendigen Demokraten umgestaltet wird zu einer Ordnung, die nicht mehr rückläufig zu einer Kasten-, zu einer Claque- oder Klassenherrschaft entwickelt werden kann.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel